

12
79

Union in Deutschland

Bonn, den 22. März 1979

CDU wieder stärkste Partei

Aus den Wahlen in Berlin und in Rheinland-Pfalz ist die CDU wieder als stärkste Partei hervorgegangen. In Berlin hat sie ihr bislang bestes, in Rheinland-Pfalz ihr zweithöchstes Wahlergebnis erreicht. Das nächste Ziel heißt, am 29. April die absolute Mehrheit in Schleswig-Holstein zu behaupten.

Die Ergebnisse vom Sonntag, stellte Helmut Kohl hierzu fest, bestätigen uns eine gute Chance, wobei wir wissen, gute Chance heißt, daß wir enorm kämpfen müssen, und dazu sind wir auch bereit. Wir werden der Landespartei selbstverständlich dabei jede nur denkbare Unterstützung geben und um jede Stimme kämpfen.

Zu den Wahlen am 18. März erklärte Helmut Kohl nach einer Bundesvorstandssitzung in Bonn: Wir sind alle erfreut darüber, daß es uns gelungen ist, in der größten Stadt Deutschlands — der alten Hauptstadt Berlin — erneut stärkste Partei zu werden und die SPD wieder auf den zweiten Platz zu verweisen. Das war keineswegs selbstverständlich. Vor vier Jahren waren die meisten Kommentatoren der Meinung, dies sei ein Zufallsergebnis gewesen.

Daß es uns gelungen ist, aus der Opposition heraus dieses Ergebnis zu wiederholen und sogar noch zu verbessern, ist ein großartiger Erfolg für
(Weiter auf Seite 2)

■ WAHLEN

Stellungnahmen von
 Richard von Weizsäcker,
 Bernhard Vogel und
 Gerhard Stoltenberg

Seiten 2 bis 4

■ ANALYSEN

Rheinland-Pfalz:
 Besseres Ergebnis
 als 1976

Seite 5

Berlin: Alternative Listen
 hauptsächlich zu Lasten
 der SPD

Seite 6

■ SONDERDIENST

Gesamt- und Einzelergebnisse
 gelber Teil

■ FAMILIENGELD

Finanzierung: SPD und FDP
 treiben ein doppelzüngiges
 Spiel

Seite 7

■ PARTEIARBEIT

Ideen — Taten und Aktionen
 aus den CDU-Verbänden

Seite 13

■ ZUR SACHE

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Lösung der Umweltprobleme
 im Rahmen der Sozialen
 Marktwirtschaft

grüner Teil

■ EUROPA

Europa braucht die Frauen

blauer Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Richard von Weizsäcker und Peter Lorenz, die für die Aktivierung der Partei ein hervorragendes Beispiel von Solidarität gegeben haben.

Obwohl die Sozialdemokraten mit dem Regierungsbonus in die Wahl gegangen sind, haben sie das schlechteste Wahlergebnis seit 1950 erzielt. Der Wählerwille zeigt hier eine eindeutige Tendenz.

Das Ergebnis, das Bernhard Vogel und seine Mannschaft am Sonntag in Rheinland-Pfalz erzielt haben, ist unter den gegebenen Verhältnissen gleichfalls ein ausgezeichnetes Ergebnis. Schon vor vier Jahren habe ich in der Wahlnacht darauf hingewiesen, daß es sehr schwierig ist, das damalige Ergebnis zu wiederholen. In Rheinland-Pfalz werden wir zu untersuchen haben, wie die Verluste, die sich in den einzelnen Landschaften sehr unterschiedlich darstellen, zustande gekommen sind.

Die Partei hat den festen Willen, das Notwendige zu tun und nicht zuletzt in Vorbereitung auf zukünftige Wahlen daraus Konsequenzen zu ziehen. Eine Partei, die über drei Jahrzehnte Regierungsverantwortung trägt und die jetzt erneut mit einer absoluten Mehrheit der Wählerstimmen mit der Regierungsverantwortung betraut wurde, hat gute Arbeit geleistet.

Dennoch ist dies gar kein Grund — und das hat auch Bernhard Vogel gerade im Bundesvorstand vorgetragen —, dieses Wahlergebnis nicht sehr sorgfältig mit dem Ziel zu überprüfen, was wir daraus zu lernen haben. Denn das ist ja der Auftrag demokratischer Parteien, daß sie das Urteil des Wählers nicht nur dulndend hinnehmen, sondern für ihre praktische Arbeit auch notwendige Konsequenzen ziehen.

Berlin: SPD erneut auf den zweiten Platz verwiesen

Richard von Weizsäcker, Spitzenkandidat der CDU in Berlin, erklärte zum Wahlausgang:

Das Wahlziel, die Regierung in Berlin zu bilden, hat die Berliner CDU nicht erreicht. Aber sie hat es verfehlt mit dem besten Ergebnis, das die Berliner CDU in ihrer Geschichte erzielt hat. Die Sozialdemokraten haben ihr erklärtes Wahlziel auch nicht erreicht: Sie wollten wieder stärkste Partei werden, das ist ihnen mißlungen. Wir haben in Berlin eine relativ unruhige politische Szenerie, insbesondere was das Wahlverhalten der jungen Generation anbetrifft.

Wenn man die verschiedenen Parteien durchgeht, so wird man davon auszugehen haben, daß sich die „Alternativen Listen“ vor allem im Bereich des Stichwortes Umwelt im weitesten Sinne zu Wort gemeldet haben. Sie haben in den Bezirken von Berlin ihre Erfolge erzielt, in denen Ansatzpunkte dieser Umweltpolitik gegeben waren.

Aber es geht nicht nur um Straßen, Verkehr, Bäume, sondern es geht um Unruhe — gerade auch in Berlin — bei der jungen Generation im Sinne von Isolierung, von seelischer Not, Drogen, Alkoholismus, die ein ernstes und schweres Problem darstellen. Auch wenn die Sozialdemokraten zweifellos den Löwenanteil des Kontingents für die „Alternativen Listen“ unfreiwillig zu stellen hatten, so ist es ein Problem, das uns alle unmittelbar angeht.

Der Zugewinn der Freien Demokraten beruht auf einem Sammelsurium von Gründen. Die Sozialdemokraten sind erleichtert, wieder die Regierung bilden

zu dürfen, aber besorgt hinsichtlich einer Reihe von Faktoren, die dieses Wahlergebnis zu Tage gefördert hat. Das ist in erster Linie Sache der SPD selbst.

Die Berliner CDU, auch wenn sie ihr Wahlziel der Regierungsbildung nicht erreicht hat, hat insbesondere in den letzten zwei Monaten nicht nur uneingeschränkt an einem Strang gezogen, was vor allem das Verdienst von Peter Lorenz ist, sondern hat sich auch bei der Bevölkerung in einer Form zur Geltung zu bringen gewußt, die einen sehr schlechten Stand auszugleichen in der Lage war, bei dem wir uns im Spätsommer des letzten Jahres befanden. Von daher gesehen ist die Steigerung um 0,5 Prozent, die wir in Berlin erzielen

konnten, zweifellos eine Tendaussage, die wir gerne noch weiter nach Norden für künftige Ereignisse empfehlend weitergeben.

Wir haben nicht nur das beste Ergebnis in der Geschichte der Berliner CDU erzielt, wir haben vor allem auch in den traditionellen Arbeitervierteln unsere Gewinne erzielt. In Neukölln, Wedding, Spandau und Tiergarten. Von daher gesehen haben wir guten Grund, auf dem angetretenen Weg mit Zuversicht weiterzuarbeiten. Es gibt — wie überall, so erst recht in Berlin — eine Macht der Gewohnheit. Trends sind Ausdruck nicht eines Kurzstreckenlaufs, sondern eines Laufs über eine längere Distanz. Aber der Lauf geht in der richtigen Richtung weiter.

Rheinland-Pfalz: Wahlziel wurde erreicht

Zum Wahlausgang in Rheinland-Pfalz erklärte Ministerpräsident Bernhard Vogel:

Wir haben das zentrale Ziel unseres Wahlkampfes, die Mehrheit der Abgeordneten im Landtag zu erringen und damit die Regierungsbildung zu sichern, erreicht, und haben auch die Mehrheit der Wähler hinter uns, was psychologisch nicht ganz unwichtig ist. Es ist selbstverständlich, daß man Wahlergebnisse vergleicht, in Sonderheit mit dem Ergebnis von vor vier Jahren. Damals ist ein Traumergebnis für Rheinland-Pfalz erreicht worden. Dieses Ergebnis haben wir diesmal nicht erreicht, das war von vornherein und ganz unabhängig von der jeweiligen aktuellen politischen Situation auch für uns nicht erreichbar. Aber es ist erreicht worden, daß wir zum zwei-

ten Mal überhaupt in der Geschichte des Landes die Mehrheit der Wähler hinter uns gebracht haben.

Es ist bekannt, wie schwer heute in der Bundesrepublik Deutschland absolute Mehrheiten erstritten werden, unsere politischen Gegner tun das ja seit langem so gut wie nirgends mehr, wenn ich einmal von Bremen absehe und dem nicht vergleichbaren Hamburger Fall, wo es ja nur durch das Ausscheiden der FDP zu einer Mehrheit der Mandate für die SPD gekommen ist. Was führe in vielen Bundesländern selbstverständlich war, daß es absolute Mehrheiten der SPD gab, ist heute in keinem Flächenland mehr der Fall.

Wir haben das jetzt zum zweiten Mal erreicht, und darüber bin ich selbstverständlich sehr froh, wie ich überhaupt sagen muß: Wenn man nach 32 Jahren der Führung eines Landes durch die Christlich Demokratische Union dies erreicht, dann kann man damit ganz zufrieden sein.

Schleswig-Holstein: Wahlkampflinie voll bestätigt

Mit dem Blick auf den 29. April 1979 erklärte der Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein, Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg:

Die Wahlergebnisse zeigen für die beiden großen Parteien einen unterschiedlichen Trend. In Berlin konnte die CDU mit Richard von Weizsäcker ihr hervorragendes Ergebnis von 1975 weiter ausbauen und das beste Resultat der Nachkriegszeit erzielen. In Rheinland-Pfalz behauptete Bernhard Vogel die Mehrheit der Union im Landtag, allerdings mit Einbußen gegenüber dem Spitzenergebnis von 1975. Entsprechend gewann die SPD in Rheinland-Pfalz hinzu, während sie in Berlin auf einem Tiefpunkt verharrte. Die große Mehrheit der Wähler entschied offensichtlich nach landespolitischen Gesichtspunkten, der Anziehungskraft der Kandidaten und Programme.

Die CDU Schleswig-Holstein erblickt hierin eine Bestätigung ihrer Linie, den Wahlkampf für den 29. April als Schleswig-Holstein-Wahl zu führen. Berlin zeigt, daß wir unsere Position festigen

können, wenn wir in einer sachbezogenen und kämpferischen Auseinandersetzung überzeugend eine freiheitliche und soziale Politik für unser Land vertreten. Dabei ist die schleswig-holsteinische SPD in ihrem Personenangebot und in ihrem Programm wesentlich schwächer als die Sozialdemokraten in Berlin mit Stobbe und in Mainz mit von Dohnanyi.

Wir werden die Landtagswahl am 29. April gewinnen, wenn die Mehrzahl der Bürger sie als eine Entscheidung für die politische Zukunft Schleswig-Holsteins ansieht. Der Erfolg der „Alternativen Listen“ vor allem bei Jungwählern, ist eine Aufforderung an alle Parteien, glaubwürdig und ehrlich zu argumentieren. Die schleswig-holsteinische SPD muß ihr Doppelspiel in den Fragen der Kernenergie und des Umweltschutzes aufgeben. Sie kann nicht weiterhin in Bonn mit ihren Bundestagsabgeordneten Milliardenbeträge für die Kerntechnik bewilligen und im Land aus Angst vor den „Grünen Listen“ Stimmung dagegen machen.

Für uns bleiben die Sicherheit der Betriebe und Arbeitsplätze, die beruflichen Chancen der Jugend, die Zukunft unserer Schulen und der Umweltschutz die Hauptthemen unserer Politik für Schleswig-Holstein.

Erste Wahlanalysen:

Besseres Ergebnis als 1976

Nachfolgend gibt der Landesverband Rheinland-Pfalz eine erste Analyse des Wahlergebnisses:

Die CDU Rheinland-Pfalz hat ihr Wahlziel erreicht: Es ist ihr am 18. März

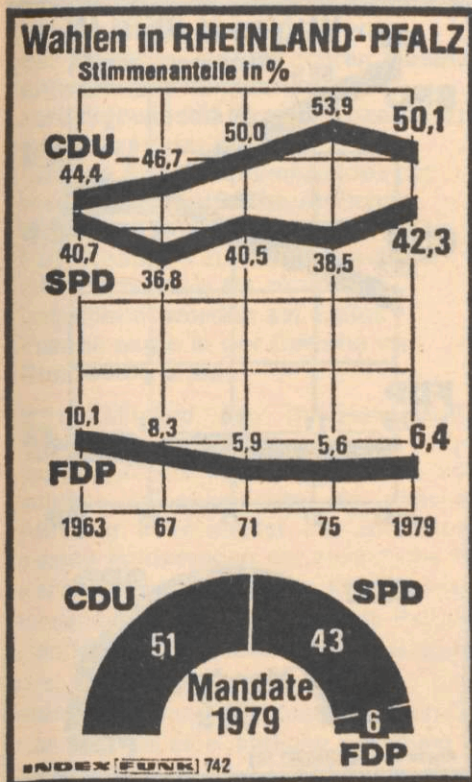
gelingen, wieder die absolute Mehrheit bei der Landtagswahl zu erringen und damit ihr zweitbestes Ergebnis überhaupt zu erreichen. Genauen Aufschluß über Wählerbewegungen und -motivationen soll eine detaillierte Nachwahl-

untersuchung bringen, mit der sich die CDU dann in einer Klausurtagung eingehend beschäftigen will. Einige Trends und Veränderungen lassen sich jedoch schon aus ersten Schnellanalysen ableiten.

In Mainz ist man sich zunächst einig darüber, daß das erfolgreiche Abschneiden der CDU in erster Linie Einsatz und Popularität ihres Spitzenkandi-

81,2 Prozent zu steigern, was ein Plus von 0,4 Prozent gegenüber 1975 bedeutet.

Daß man an das unter einer wesentlich günstigeren politischen Großwetterlage erreichte „Traumergebnis“ der letzten Landtagswahl von 53,9 Prozent diesmal nicht herankommen werde, war für die CDU in Rheinland-Pfalz von vornherein klar. So gab die CDU denn auch vor allem in ihren Hochburgen zwischen Mosel und Ahr mit den dünn besiedelten, landwirtschaftlich geprägten und überwiegend katholischen Gebieten am stärksten Stimmen ab. Hier hatte umgekehrt die SPD bei deutlich gestiegener Wahlbeteiligung ihre größten Gewinne. Dagegen hielt sich die CDU in einigen städtischen Gebieten der Pfalz und in der überwiegend evangelischen Nahe-region wesentlich besser. Die SPD gewann in ihrer traditionellen Hochburg, dem hochindustrialisierten Raum Ludwigshafen, deutlich weniger Stimmen hinzu als im Landesdurchschnitt. Die FDP nahm gering, aber gleichmäßig im ganzen Land zu.



daten Bernhard Vogel zu danken ist. Nach einem von allen Seiten sehr sachlich bestrittenen Wahlkampf gelang es, die Wahlbeteiligung auf die bislang bei Landtagswahlen höchste Marke von

Interessant und aufschlußreich ist ein Vergleich mit der letzten Bundestagswahl: Danach hat die CDU nicht nur keine Stimmen verloren, sondern noch 0,2 Prozent draufgelegt, während umgekehrt SPD und FDP 0,6 Prozentpunkte einbüßten.

Wie die CDU bei den einzelnen Alters- und Bevölkerungsgruppen abgeschnitten und welche Wählerbewegungen und Stimmenverschiebungen es hier gegeben hat, muß die gründliche Nachwahluntersuchung ergeben.

Alternative Listen hauptsächlich zu Lasten der SPD

Kurz-Analyse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin

① Die Berliner CDU hat bei der Wahl am 18. März 1979 das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte erzielt. Es ist ihr gelungen, sich als stärkste politische Kraft in Berlin zu etablieren. Die CDU in Berlin ist die erste Landespartei, die bei Landeswahlen seit der Bundestagswahl 1976 wieder einen prozentualen Zugewinn erzielen konnte.

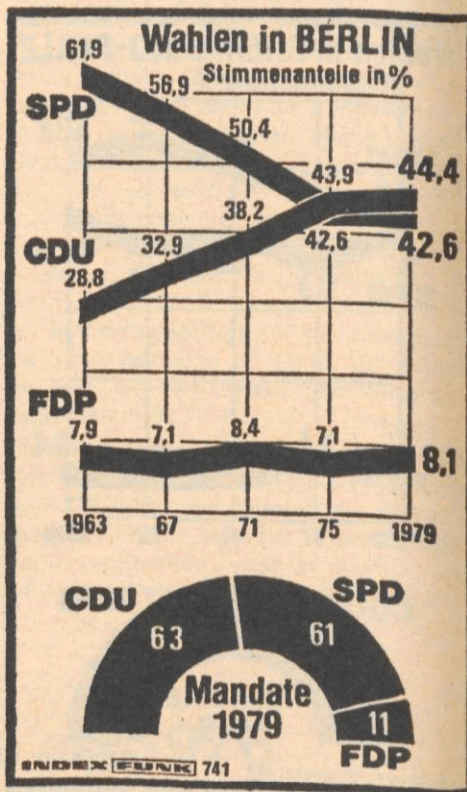
② Der Prozeß des Abschmelzens der Hochburgen der beiden großen Parteien hat sich in Berlin fortgesetzt. So konnte die CDU ihre besten Ergebnisse in den Bezirken erzielen, in denen sie bisher am schwächsten war. Dagegen mußte sie in ihren Hochburgen leichte Verluste hinnehmen.

③ Der CDU ist es gelungen, weitere Einbrüche in das klassische Wählerpotential der SPD zu erzielen. Nur so sind die Zugewinne in den Bezirken Spandau, Neukölln, Tiergarten und Wedding zu erklären.

④ Die SPD hat ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis aus dem Jahre 1975 nur mühsam halten können. Es scheint, daß sowohl der Rückgang der Wahlbeteiligung wie auch die „Alternativen Listen“ der SPD Stimmen gekostet haben.

⑤ Die FDP hat überraschend gut abgeschnitten. Sie hat in allen Bezirken Stimmengewinne erzielt (zwischen 0,1 und 2,4 Prozent). Für die unterschiedlichen Zuwächse sind in der ersten Analyse noch keine signifikanten Gründe zu erkennen. Das traditionelle Analysenschema in Berlin (hier bürgerliche Bezirke, dort Arbeiterbezirke) greift nicht,

da sie in Arbeiterbezirken wie in bürgerlichen Bezirken zum Teil niedrige, zum Teil hohe Zuwächse erzielt hat. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß beim Abschneiden der FDP bundespolitische Fragen eine Rolle gespielt haben.



⑥ Das überraschend gute Abschneiden der „Alternativen Listen“ ist insbesondere auf Wähler zwischen 18 und 30 Jahren zurückzuführen. 70 Prozent der Wählerschaft der „Alternativen Listen“ stammt aus dieser Altersgruppe.

■ FAMILIENGELD

Finanzierung: SPD und FDP treiben ein doppelzüngiges Spiel

Als völlig unzureichend hat der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, MdB Heinz Franke, bei der ersten Lesung die von der Koalition eingebrachten Gesetzesentwürfe zur Familienpolitik zurückgewiesen. Franke bezeichnete den Antrag der CDU auf Einführung eines Familiengeldes als wesentlich familienfreundlicher und wies Behauptungen der SPD/FDP-Koalition zurück, wonach der CDU-Vorschlag als zu teuer bezeichnet worden sei. Heinz Franke sagte in der Debatte im Bundestag u. a.:

Ein Mitglied des Bundeskabinetts, nämlich Frau Huber, hat uns vorgeworfen, unsere familienpolitischen Vorschläge seien unseriös. Im gleichen Atemzug aber meldet sie zusätzliche eigene Forderungen an; zusätzliche Finanzhilfen zum Bau von Eigenheimen, Haushaltshilfen für den Urlaub, Extrapfennungen für frischgebackene Väter, Geld für die Erstausrüstung der Babys, Ehestandsdarlehen usw. Zusammengerechnet gibt das eine jährliche Belastung in Milliardenhöhe. Auf der einen Seite wird gesagt, unsere Forderungen in Höhe von 3,28 Milliarden DM seien unseriös, aber wenn von der anderen Seite Forderungen in derselben Höhe, nur anders verteilt, vorgelegt werden, dann ist das nicht unseriös. Was ist das für

eine Argumentation? Was ist das für eine Doppelzüngigkeit.

Aber nicht nur die SPD, auch die FDP redet in dieser Frage mit gespaltenen Zungen. Frau Liselotte Funcke spricht jedesmal von mangelnder Finanzierbarkeit, sobald die CDU es wagt, ihre Prioritäten in einem kostenwirksamen Gesetzesvorschlag zu konkretisieren. Aber gerade in der hier zu behandelnden Frage fordert Frau Funcke selbst in einer am 27. Februar von der eigenen Fraktion veröffentlichten Pressemitteilung, „keinen grundsätzlichen Unterschied zu machen zwischen Eltern, die vor der Geburt erwerbstätig waren oder nicht“.

Nichts anderes fordern wir auch. Frau Funcke verlangt weiter, daß auch kein Unterschied gemacht werden soll zwischen den Elternteilen, die nach der Geburt daheim bleiben oder erwerbstätig sind. Das ist finanziell sogar noch mehr, als wir in unserer Gesetzesvorlage verlangt haben. Ich habe die Ausführungen von Minister Ehrenberg noch im Ohr, der sagte, es sei unsolid, was wir gefordert haben. Wie muß er erst Frau Funcke beschimpfen, wenn er uns hier kritisiert!

Was die zeitliche Dimension betrifft, so plädiert die Finanzexpertin der FDP für ein erhöhtes Kindergeld als Betreuungszuschlag, nicht wie die Vorlage der Regierung nur für sechs Monate, sondern für die ersten Jahre eines Kin-

des, damit die sorgeberechtigten Eltern die Betreuung des Kleinkindes durch Verzicht auf eigene Erwerbstätigkeit oder durch Dritte leichter sicherstellen können. Nicht viel anders argumentieren wir auch. Aber wenn das die Finanzexpertin der FDP fordert, ist das seriös, und wenn wir das fordern, ist das unseriös. Was ist das für eine Doppeltzungigkeit?

Aber das ist nicht nur die Argumentation der beiden Repräsentantinnen von FDP und SPD, das ist die Argumentation dieses Bundeskanzlers und dieser Regierung seit jeher.

Mit gespaltener Zunge

Dazu einige wenige Beispiele, die fast beliebig ergänzt werden können. Als die CDU/CSU im vergangenen Jahr den Abbau der Überbesteuerung bei der Lohn- und Einkommensteuer durch einen neuen Einkommensteuertarif ab 1. Januar 1979 beantragte, lehnte die Koalition von SPD und FDP dies mit der Begründung ab, das sei nicht finanzierbar. Finanzminister Matthöfer erklärte noch am 21. Juni 1978 von dieser Stelle aus wörtlich: „Ich kann dazu nur wiederholen, daß das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit derartige Überlegungen von vornherein ausschließt.“

Nur einen Monat später, am 28. Juli 1978, beschloß die Bundesregierung auf Antrag desselben Finanzministers einen neuen Einkommensteuertarif ab 1. Januar 1979, also genau zu dem von der CDU/CSU beantragten Zeitraum und zu dem vorher von der Koalition abgelehnten Termin, mit einem Steuerausfall im Entstehungsjahr von 10,6 Milliarden DM.

Was vorher nicht finanzierbar war, war vier Wochen später finanzierbar, nur weil es von der Regierung auf den

Tisch gelegt worden ist. So seriös ist die Argumentation von SPD und FDP was die Finanzierbarkeit angeht.

Die Bundesregierung beschloß gleichzeitig am 28. Juli 1978 einen Haushalt und einen Finanzplan für die Jahre bis 1982 mit genau bezifferten Ausgaben-summen. Natürlich waren das in ihrer Argumentation Höchstgrenzen, die durch Ausgabenanträge der Opposition nicht überschritten werden durften. Als die Regierung aber am 16. November 1978 ein Verkehrsabkommen mit der DDR abschloß, waren auf einmal die Mittel da, über dem anderen Teil Deutschlands das Füllhorn von 1,9 Milliarden DM auszuschütten und zusätzlich eine Aufstockung der sogenannten Transitpauschale um jährlich 125 Millionen DM vorzunehmen.

So seriös und solide ist die Finanzpolitik der Koalition.

Für Mehrausgaben ist auch immer dann Geld da, wenn die Regierung weitgehend selbstverschuldete Reparaturen zu finanzieren hat, beispielsweise bei der Bundesbahn. Für sie steht seit Jahren ein taugliches Sanierungskonzept aus. Mangels Durchsetzungsvermögen werden die Bundeszuschüsse an die defizitäre Bundesbahn allein für das eine Jahr 1979 gegenüber den ursprünglichen Planzahlen des Finanzplans von 1975 um drei Milliarden DM auf jetzt fast 15 Milliarden DM erhöht.

Gewiß sind die 3,3 Milliarden DM für das Familiengeld kein kleiner Brocken. Aber es ist weniger als ein Drittel des Betrages, den die Regierung im Rahmen ihrer Planungen zugunsten anderer Maßnahmen für das Jahr 1979 durch Umschichtungen ausgleichen konnte. Wenn die Regierung und die Koalitionsmehrheit nur will, muß auch hier ein Ausgleich durch Umschichtungen möglich sein.

■ INFORMATION

Nahost-Frieden stabilisieren helfen

Zum bevorstehenden Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten erklärt der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl u. a.: Wir in der Bundesrepublik Deutschland sind dem amerikanischen Präsidenten, aber auch der israelischen und ägyptischen Staatsführung für ihren politischen Mut und für ihren Friedenswillen zu Dank verpflichtet. Wir fordern die Bundesregierung auf, allein und gemeinsam mit den Mitgliederstaaten der Europäischen Gemeinschaft Initiativen zu ergreifen, um den Frieden im Nahen Osten stabilisieren zu helfen.

Zum Tode von Jean Monnet

Zum Tode von Jean Monnet erklärte Helmut Kohl, der lange, oft mühsame und von Rückschlägen belastete Prozeß der europäischen Einigung, von der Gründung der Montanunion bis zum Europa der Neun, ist untrennbar mit dem selbstlosen Wirken von Jean Monnet verbunden. Ohne den unermüdlichen Fleiß und ohne den Optimismus, wie ihn Jean Monnet beispielhaft gezeigt hat, wäre die Europäische Gemeinschaft nicht denkbar.

Robert-Schuman-Preis für Kai-Uwe von Hassel

Kai-Uwe von Hassel ist mit dem Robert-Schuman-Preis ausgezeichnet worden. Die Universität Bonn, die diesen Preis verleiht, ehrt damit die hohen Verdienste, die sich der CDU-Politiker in seiner Jahrzehnte währenden Arbeit für die Einigung Europas erworben hat: Als Präsident der Parlamentarischen Ver-

sammlung der Westeuropäischen Union wirkt von Hassel heute an verantwortlicher Stelle für die Einheit Europas; als Präsident der Union der Europäischen Christdemokraten, als Vizepräsident der Europäischen Volkspartei sowie als Vizepräsident der Weltunion Christlicher Demokraten hat er dazu beigetragen, daß die weltweite Zusammenarbeit der Christlichen Demokraten Realität wurde.

Nicht die Freiheit der Einheit opfern

Für die CDU ist nicht die Einheit Deutschlands, sondern die Erhaltung von Freiheit und Frieden oberstes Ziel aller Politik. Dies erklärte der Vorsitzende der hessischen CDU und Bundestagsabgeordnete Alfred Dregger auf einer Landestagung seiner Partei in Bensheim (Odenwald). Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ist nach Ansicht Dreggers überhaupt nur im Rahmen eines „vereinigten und freien Gesamteuropas“ möglich.

CDU will Vereine entlasten

Die CDU/CSU-Opposition will die Amateure stärker von Steuerzahlungen entlasten. Sie brachte im Bundestag einen Antrag ein, in dem für qualifiziert ausgebildete, ehrenamtliche Übungs-, Organisations- und Jugendleiter ein Steuerfreibetrag von 3 600 DM für Aufwandsentschädigungen gefordert wird (vgl. UId 9/79). Die Abgeordneten der Union sind der Auffassung, daß Sportvereine von den durch Eigeninitiative beschafften Mitteln für ihre gemeinnützige Arbeit übermäßig vom Fiskus zur Kasse gebeten werden.

In dem Antrag wird von der Bundesregierung ferner verlangt, daß Schach und Modellflugsport als gemeinnützig anerkannt werden. Gemeinnützigen Sport-

vereinen soll nach Willen der CDU/CSU die Kompetenz zur Spendenbescheinigung bis zu einer Obergrenze von 600 DM je Spender und Jahr gewährt werden. Beim Überwechseln eines Sportlers in einen anderen Verein soll weiterhin der Ersatz von dessen Ausbildungskosten bis zur Höhe von 20 000 DM nicht zum Verlust der Gemeinnützigkeit für den erstattenden Verein führen.

CDU/CSU fragt nach den Ölvorräten

Die derzeitigen Ölvorräte in der Bundesrepublik sind nach Ansicht der CDU/CSU zu niedrig. Das gelte auch für den internationalen Vergleich, erklärte der CSU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Warnke. In einer kleinen parlamentarischen Anfrage im Deutschen Bundestag hat die Unionsfraktion aus diesem Grund die Bundesregierung aufgefordert, Auskunft über die tatsächlich vorhandenen Ölvorräte zu geben.

Gegen FDP als Partei der Mitte

Die FDP ist vom Vorsitzenden der Jungdemokraten, Strässer, aufgefordert worden, ihr Ziel, eine „Partei der Mitte“ zu sein, aufzugeben. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz des der FDP nahestehenden Verbandes erklärte Strässer in Duisburg, der „diffuse Mitte-Fetischismus in den Chefetagen“ der FDP habe die Partei in zwei Wahlkämpfen in Niedersachsen und Hamburg „ins Verhängnis geführt“. Die Mitte sei kein Standort für eine politische Partei, erst recht nicht für eine, „die so klein ist wie die FDP zwischen zwei Volksparteien“. Zur Feier des 30jährigen Bestehens des Grundgesetzes am 23. Mai erklärte der Jungdemokratenchef, sein Verband könne sich nicht einreihen in die Schar der Jubler. Für ihn sei zunächst der 31. März wichtiger, an dem in Bonn eine

zentrale Demonstration gegen die „Berufsverbote“ stattfinden werde.

Vorzeitiger Ruhestandseintritt

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des vorzeitigen Ruhestandseintritts von schwerbehinderten Beamten und Richtern eingebracht. Damit wird es diesem Kreis der Schwerbehinderten ermöglicht, auf ihren Antrag mit dem vollendeten 61. Lebensjahr — ab 1. Januar 1980 mit dem vollendeten 60. Lebensjahr — vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Bei den Angestellten und Arbeitern ist dies bereits möglich.

Neugestaltung des Bundeszuschusses

Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik der CDU fordert, den Bundeszuschuß zu den Ausgaben der Rentenversicherung neu zu regeln, um so einen Beitrag zur längerfristigen Konsolidierung der Rentenversicherung zu leisten. Dabei muß klar zwischen der Finanzierung von Versicherungsleistungen und von Verpflichtungen der Allgemeinheit unterschieden werden.

Enttäuschte Liebe

Im deutschen Kulturinstitut von Madrid hat — laut Welt vom 19. März 1979 — Alice Schwarzer, deutsche Radikalfeministin, angekündigt, sie werde ihre Anhängerinnen auffordern, bei den nächsten Wahlen zu Hause zu bleiben. Frau Schwarzer und die Feministinnen haben die Parteien, „wo Frauen doch nur als Statisten auftreten dürfen“, satt. Besonders die Linksparteien und Kanzler Schmidt haben sie enttäuscht. „Die Christdemokraten haben uns noch am ehesten verstanden“, meinte die „Emma“-Herausgeberin vor spanischem und deutschem Publikum.

■ FERNSEHEN

SPD boykottiert Sachdiskussion im Aufsichtsratgremium des ZDF

Die Diskussion über die Sendung „Bürger fragen — Politiker antworten“ mit dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl in Holland geht weiter. Um Klarheit in diese Debatte zu bringen, muß nach Ansicht von MdB Christian Schwarz-Schilling, medienpolitischer Sprecher der CDU, folgendes festgestellt werden:

① Wenn es nach der CDU gegangen wäre, dann hätte man über die Sendung möglichst gar nicht geredet; denn durch den überzeugenden Auftritt von Helmut Kohl vor den holländischen Fragestellern in Den Haag ist dem CDU-Vorsitzenden eine breite Welle der Sympathie und Zustimmung aus der deutschen Bevölkerung entgegengekommen. Die CDU hat wirklich keinen Grund, dies zu beanstanden.

② Es ging um eine Sendung des ZDF, die der Verständigung und Annäherung der europäischen Völker dienen sollte. Durch schlechte Vorbereitung, Fehler in der Durchführung und eine kaum rekonstruierbare Vermischung von Kompetenz und Verantwortlichkeit innerhalb und außerhalb des ZDF wurde die Sendung zu einem Fehlschlag: Die deutschen Zuschauer erhielten durch die holländischen Fragesteller ein verzerrtes und einseitiges Bild Hollands, was zu bedauerlichen Reaktionen auf beiden Seiten geführt hat.

Es ist Aufgabe der Aufsichtsgremien einer öffentlich-rechtlichen Anstalt, die

Gründe für einen solchen Fehlschlag zu analysieren und dem Intendanten Empfehlungen zu geben, wie in der Zukunft solche Pannen vermieden und angerichteter Schaden wiedergutmacht werden kann. Diesem Ziel diene die Beratung des Ausschusses für Politik und Zeitgeschehen des ZDF-Fernsehrats am 9. März.

③ In der Analyse der Sendung waren sich das ZDF und die Mitglieder des Ausschusses weitgehend einig. Auch in den zu treffenden Maßnahmen einer besseren Vorbereitung und Durchführung der Sendung stimmte der Ausschuß den schriftlich vorliegenden Vorstellungen des Intendanten zu. Es gab keine Stimme des Widerspruchs dazu.

④ Nur in einem Punkt gab es eine heftige Kontroverse zwischen der (CDU-nahen) Mehrheit und der (SPD-nahen) Minderheit des Ausschusses: die Mehrheit glaubte, daß der Fernsehrat dem Intendanten empfehlen sollte, die Verantwortung des Chefredakteurs Reinhard Appel von der Moderation künftiger Sendungen personell zu trennen.

Die Ämterhäufung Reinhard Appels als amtierender Intendant — Herr von Hase ist seit längerer Zeit krank — als verantwortlicher Chefredakteur, als Leiter und Moderator der Sendung und weitgehend auch noch als Redakteur vor Ort ist mit Sicherheit nicht die optimale Lösung bei der größten europäischen Fernsehanstalt.

Man überlege sich eine solche Konstruktion einmal bei einer Zeitung! Bei dem Schwierigkeitsgrad der Sendung ist daher auch in Zukunft nicht auszuschließen, daß ähnliche Fehlläufe entstehen und Herr Appel seinen guten Ruf aufs Spiel setzt.

⑤ Die SPD-nahe Minderheit des Ausschusses war nicht bereit, diese Frage auch nur zu diskutieren und boykottierte die weiteren Beratungen und Beschlußfassungen des Ausschusses. Diese schlimme Methode war bisher nur in bestimmten norddeutschen Anstalten üblich und hat dort Schule gemacht. Hier gilt es, zerschlagenes Porzellan schnellstens zu kitten und zu den bisher im ZDF üblichen Umgangsformen zurückzukehren. Es sollte auch in Zukunft möglich sein, in den Aufsichtsgremien des ZDF Empfehlungen zur Programmgestaltung des Senders zu beraten und dann auch auszusprechen.

Politische Brunnenvergiftung

Die alleinige Verantwortung für die diesbezügliche Entscheidung des ZDF trägt nach dem Staatsvertrag ohnehin ausschließlich der Intendant. Wer hier von Pressionsversuchen der CDU spricht — ein Vorwurf, der ja bereits bei den Bemühungen des ZDF, über die Zusammensetzung des Publikums in Holland nähere Angaben zu erhalten, fälschlicherweise der CDU gemacht worden ist — der übt bewußt und systematisch politische Brunnenvergiftung.

Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten können nicht mehr funktionieren, wenn bei jeder Gelegenheit Druck der sogenannten öffentlichen Meinung auf die Mitglieder dieser Gremien ausgeübt wird. Hier steht letztlich die Funktionsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Systems selbst zur Disposition.

In einem Interview mit der Zeitung „Die Welt“ erklärte MdB Schwarz-Schilling u. a.:

Welt: Herr Dr. Schwarz-Schilling, die „NDR-Krankheit“, also der Auszug von Fraktionen aus den Aufsichtsgremien und damit die Blockade von Beschlüssen, hat ja nun auch auf das ZDF übergreifen. Sie sind Vorsitzender des Ausschusses für Politik und Zeitgeschehen der durch die demonstrative Abwesenheit der Koalitionsvertreter keine Entscheidung im Fall Appel fällen konnte. Wie geht es weiter?

Schwarz-Schilling: Zunächst möchte ich bedauern, daß die ordentliche Erledigung des Tagesordnungspunktes durch diesen Auszug verhindert wurde. Das ist einmalig in der Geschichte dieses Ausschusses, solange ich ihm angehöre. Die Folge wird natürlich sein, daß nunmehr dieser Fragenkomplex im Fernsehrat am 23. März behandelt wird.

Welt: Nach dem Staatsvertrag über das ZDF ist der Intendant, also Herr von Hase, alleinverantwortlich für das Programm. In seiner Abwesenheit sein Stellvertreter, pikanterweise Herr Appel. Muß man nicht schnell nachdenken, über eine neue Führung beim ZDF?

Schwarz-Schilling: Hier müssen wir zunächst die Möglichkeiten von Herrn von Hase selbst abwarten. Ich bin der Überzeugung, daß Herr von Hase, wenn er von seiner Krankheit genesen ist, wieder voll in der Lage sein wird, sein Amt auszuführen. Dann ist das Problem der Amtsführung des Intendanten beendet. Dies wird sicherlich in den nächsten Monaten von Herrn von Hase selbst beantwortet werden.

■ PARTEIARBEIT

Ideen — Taten — Aktionen

Auch heute stellen wir Ihnen verschiedene Anregungen für Ihre praktische Parteiarbeit vor.

Woche der CDU

Eine erfolgreiche Woche der CDU führte die Ratsfraktion der CDU in Alfeld durch. Im Rahmen der Woche wurden verschiedene Einzelaktionen wie Canvassing, öffentlicher Frühschoppen und eine Kaffeefahrt für die Bewohner eines Altenheimes, zwei Fraktionssondersitzungen zu speziellen Themen und eine Mitgliederwerbeaktion durchgeführt. Großen Anklang fanden auch kleine Werbemittel mit einem örtlichen Bezug, wie Postkarten mit einer Abbildung des Alfelder Stadtwappens, Blöcken mit Eindruck „CDU Alfeld“ und andere.

Radwanderwegkarte

Der CDU-Stadtverband Weil am Rhein hat in gemeinsamer Absprache mit benachbarten CDU-Verbänden ein Fahrradwegkonzept über die örtlichen Stadtratsfraktionen und über die Kreistagsfraktionen in die Wege geleitet. Ziel dieser Initiative ist es, daß eine Kreis-Radwanderwegkarte geschaffen wird und dem immer stärker werdenden Trend zum Fahrradfahren Rechnung getragen wird. Außerdem sollen die beteiligten Städte mit dem Angebot eines innerstädtischen Radwegenetzes vom Autoverkehr entlastet werden. Die Studie eines Bundesministeriums erbrachte den Nachweis, daß das Fahrrad bis zu einer Entfernung von 4 km das schnellste Nahverkehrsmittel ist. Rat-

schläge über das Vorgehen erteilt die neutrale „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Radwegebaues“, Postfach 13 14 71, 5600 Wuppertal-Elberfeld.

Ideen-Wettbewerb

Mit attraktiven Preisen führte die Junge Union Cuxhaven einen JU-Ideenwettbewerb durch. Er stand unter dem Motto „Unser Landkreis 1980“ und sollte den Bürgern Gelegenheit geben, Ideen zu entwickeln und Vorschläge zu machen, um den Landkreis zu verbessern. Da der Wettbewerb mit der CDU-Kreistagsfraktion abgesprochen wurde, war gewährleistet, daß Bürgerwille und politische Entscheidung nicht auseinanderklaffen. Mit 36 000 Flugblättern und zahlreichen Plakaten wurde geworben. Zusätzlich erhielten ca. 500 Vereine direkte Anschreiben, und die Presse wurde ständig informiert.

Aktion Familie

Eine gelungene Veranstaltungsreihe im Rahmen der Aktion Familie führte kürzlich der CDU-Ortsverband Mannheim-Wallstadt durch. Auf dem Programm standen ein Kinderfest, ein gemütliches Beisammensein und die Beteiligung an einem Umzug des örtlichen Karnevalsvereins. Insgesamt eine gute Sympathiewerbung für die CDU.

Der heiße Draht

Der CDU-Kreisverband Wuppertal machte den Mitbürgern ein interessantes Angebot:

Eine Woche lang jeweils von 13.00 bis

15.00 Uhr beantwortete ein CDU-Stadt-verordneter per Telefon Fragen der Wuppertaler Bürger. Dabei standen Themenschwerpunkte wie

- „Soziales“,
 - „Sport“,
 - „Wirtschaftsförderung“,
 - „Planen und Bauen“
- und

— „Schule und Kultur“
auf dem Programm.

Der „heiße Draht“ war eine Einrichtung während der „Woche der CDU“ in Wuppertal.

Familienprogramm

Die CDU-Fraktion der Stadt Werne hat ein gesondertes Familienprogramm aufgestellt. Die CDU-Politiker sahen sich dazu veranlaßt, da die Familie vom Gesetzgeber in den letzten Jahren erheblich vernachlässigt wurde. Weder finanziell noch ideell nimmt sie die Stellung ein, die ihr gemäß Grundgesetz zusteht. Bisher beschränkt sich das Wirken des Bundes, des Landes und der Kommunen mehr auf Hilfen für einzelne, zum Beispiel Kinder, Jugend, Ältere, Behinderte usw. Besser ist es, die Familien durch familienfreundliche Umwelt und finanzielle Hilfen zu stärken.

So umfaßt das Familienprogramm 21 Punkte.

Darin ist u. a. vorgesehen

- die Patenschaft des Bürgermeisters über das vierte und jedes weitere Kind einer Familie, verbunden mit einer Geldspende,
- die jährliche Durchführung einer „Woche des Kindes“,
- die Stiftung eines Preises für besondere Leistungen an einzelne Personengruppen, Vereine oder freie Träger, zum Beispiel für Familienhilfe, Nachbar-

schaftshilfe, Eigeninitiative zum Bau von Spielplätzen,

- Schaffung eines Hilfsfonds für Familien oder Kinder in Not,
- Förderung des familiengerechten Wohnens,
- Einrichtung von neuen Spiel- und Bolzplätzen,
- gesetzliche Ermäßigung bei städtischen Eintrittspreisen usw.

Wir bitten die CDU-Verbände, uns über weitere beispielhafte Aktionen zu berichten, damit wir die Anregungen weitergeben können.

Ihre

**Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1**

Sollten Sie Informationen bei den oben angeführten Verbänden anfordern, denken Sie bitte an Rückporto.

Film der Europäischen Volkspartei

Die EVP hat zur Europawahl einen 16-mm-Farbfilm produziert, bestehend aus einem der Gemeinschaft gewidmeten Teil von 15 Minuten, an den sich für jede Partei eine 2-Minuten-Fassung mit einem Aufruf des jeweiligen nationalen Parteivorsitzenden anschließt.

Der Preis des Films liegt, abhängig von der Größe der von der Bundesgeschäftsstelle aufgegebenen Sammelbestellung zwischen 500,— DM und 475,— DM. Anfragen und Bestellungen an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, bis zum 31. März 1979.

Zur Sache:

Arbeitslos? Das muß nicht sein Die CDU hat ein Programm zur Vollbeschäftigung

Arbeitslos zu sein, ist bitter. Doch Arbeitslosigkeit ist kein unabndliches Schicksal. Sie ist die Folge schlechter Politik.

Seit Jahren führt die SPD einen ideologischen Großangriff gegen das System der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Und die Bonner SPD/FDP-Koalition probiert die „Belastbarkeit der Wirtschaft“ aus. **Die Rechnung dafür zählt der Arbeitnehmer.**

Die SPD hat vor den Folgen ihrer eigenen Politik bereits resigniert. In ihrem Europa-Wahlprogramm begründet sie ihr Versagen mit den „Schwierigkeiten, angesichts der derzeitigen Gesellschaftsstruktur das gewaltige Problem der Arbeitslosigkeit“ zu lösen.

So einfach macht es sich die SPD. Eine Million Arbeitslose und ihre Familien in der Bundesrepublik Deutschland werden sich für diese politische Unfähigkeit „bedanken“.

Die CDU dagegen resigniert nicht. Sie hat ein Programm zur Vollbeschäftigung entwickelt. Die Kernpunkte lauten:

- Mehr Arbeitsplätze durch verstärkte Investitionen in der privaten Wirtschaft
- Mehr berufliche Mobilität durch Einführung eines Berufs-Grundbildungsjahres
- Mehr Teilzeit-Arbeitsplätze, vor allem für den Abbau der hohen Frauenarbeitslosigkeit.

Und: Einführung der flexiblen Altersgrenze, damit ältere Arbeitnehmer frei entscheiden können, wann sie ihren Ruhestand beginnen wollen. Es ist besser, einem 60jhrigen die Rente, als einem 20jhrigen die Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Ergebnis: Die SPD versagt vor der Arbeitslosigkeit.

CDU
/// sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÖHR BEZAHLT

■ ZITAT

Nicht nur Helsinki

Ungern und zögernd verwendet man das Wort „finnlandisieren“; es kränkt ein nordisches Volk, das mit seinem übermächtigen sowjetischen Nachbarn leben muß. Aber die Sache, die es beschreibt, existiert leider, und die jüngste Einmischung der maßgeblichen Moskauer Parteizeitung in den finnischen Wahlkampf ist nicht nur eine Illustration, sondern sogar eine Definition. Die „Prawda“ findet nichts dabei, finnischen Wählern einen Schrecken einzujagen, die eine in Moskau nicht genehme Partei wählen wollen.

Die Drohung ist infam, aber sie ist nicht neu und beileibe nicht auf finnische Wähler beschränkt. In West-Berlin sagte der sowjetische Generalkonsul vor knapp einem Jahr, es würde „sehr gefährlich“ werden, wenn die CDU die Stadtregierung übernehme.

Immer ist es das gleiche: Der sowjetische Imperialismus versucht mit den

ihm eigenen Mitteln, seine politischen Partner selber zu bestimmen. Einfluß auf Personalentscheidungen ist beim „Finnlandisieren“ stets das wichtigste; die Sachentscheidungen sollen dann mehr oder weniger von selber in sowjetischem Sinne fallen.

Solche Wählerbeeinflussung ist noch aus einem zweiten Grunde eine besonders unerfreuliche Manifestation sowjetischen Herrschaftswillens; sie verdirbt fast zwangsläufig die Parteien, die in Moskau als die besseren Partner gelten. Denn es fordert eine fast übermenschliche Charakterstärke — sie fällt politischen Parteien jeder Couleur zu Wahlkampfzeiten besonders schwer —, den Erfolg solcher Drohungen nicht gern auf die eigenen Mühlen zu leiten und darüber im stillen froh zu sein. Die Wahlkampfauseinandersetzungen in der Bundesrepublik sind bereits nicht mehr frei von den Zeichen solcher beginnender Verfaulung. Das „Finnlandisieren“ ist nicht nur ein transitives, sondern auch ein reflexives Verb: Nur zu leicht finnlandisiert man sich auch selber.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. März 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UdD